Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 601 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801 abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 0512

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 4. Dezember

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 36 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Sernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290

Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Von unterrichteter Seite wird bestätigt, daß die ersten Reichstagswahlen für April in Aussicht genommen sind.

* Eine Note der Entente verbietet die Einrichtung der deutschen Sicherheitswehren, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen.

* Die deutsch-polnischen Verhandlungen haben eine Regelung des Uebergabeverfahrens der an Polen abzutretenden Gebiete ergeben.

* Die Lage in Schaulen ist unverändert ruhig. Der Abtransport vollzieht sich ruhig. Täglich werden 8 bis 4 Züge verladen.

* Der Bitterfelder Streik geht seinem Ende zu.

* Die letzten amerikanischen Truppen haben Paris verlassen.

Eine neue Ententeforderung

Gegen Sicherheitspolizei, Einwohnerwehr und Zeitfreiwillige.

Berlin, 3. Dezember.

Dem deutschen Vertreter in Paris ist folgende Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 1. Dezember zugegangen:

„Alle bis heute eingegangenen Nachrichten besagen übereinstimmend, daß die deutsche Regierung seit einiger Zeit die Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet und verwirklicht. Außer der Reichswehr werden unter dem Namen Sicherheitspolizei stehende Streitkräfte geschaffen, die sämtliche Kennzeichen und den Wert auserwählter militärischer Streitkräfte haben. Diese Streitkräfte werden von Stäben befehligt und verwaltet, die aus militärischem Personal zusammengesetzt sind. Diese Formationen haben sonach, obschon sie dem Ministerium des Innern unterstellt sind, einen Charakter, der ihrer angeblichen Bestimmung als Polizei widerspricht. Ihre Aufstellung verstößt gegen Artikel 162 des Vertrages. Außerdem bildet Deutschland unter dem Namen Zeitfreiwillige und Einwohnerwehr Reserven, die Kontrollversammlungen und militärischen Uebungen unterworfen und mit Waffen- und Munitionslagern versehen sind. Diese Organisationen stehen mit der Gesamtheit der militärischen Bestimmungen und namentlich mit Artikel 178 des Vertrages im Widerspruch. Die alliierten und assoziierten Regierungen machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß diese dem Geiste und dem Wortlaut des Vertrages zuwiderlaufenden Maßnahmen als eine Absicht der deutschen Regierung, den Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden können. Sie fordern infolgedessen die deutsche Regierung auf, die vorbezeichneten Maßnahmen unverzüglich aufzuheben, jedenfalls aber so, daß mit der Inkraftsetzung des Vertrages die sogenannten Polizeitruppen auf die im Vertrag vorgesehene Stärke herabgemindert werden und eine ihrem Charakter als Orts- und Gemeindepolizei entsprechende Verfassung erhalten, die Stäbe, die über die im Vertrage vorgesehene Zahl hinaus geschaffen sind, sowie die Reserveorganisationen aufgelöst werden.

Genehmigen Sie usw."

Zu der Note bemerkt W. T. B. folgendes: Es ist nicht zutreffend, daß die deutsche Regierung eine Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet. Im Gegenteil ist die Zurückführung der Heeresstärke auf das im Artikel 163 Absatz 2 des Friedensvertrages zunächst vorgesehene Maß von 200000 Mann, wie allgemein bekannt, in vollem Gange.

Daß die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich im Laufe des Jahres angesichts der bedrohlichen inneren Verhältnisse Deutschlands genötigt gesehen haben, durch Einrichtung von Sicherheitspolizei, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen, ist nicht nur ständig Gegenstand der öffentlichen Erörterung, sondern auch der Entente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden. Zu der von deutscher Seite angeregten Besprechung der Einzelfragen ist es bisher zum Bedauern der deutschen Regierung nicht gekommen. Die Frage, inwieweit die getroffenen Einrichtungen mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehen, was nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird jedenfalls nach Einsetzung der im Friedensvertrag vorgesehenen Kontrollkommission gemäß den Vorschriften des Vertrages klarzustellen sein. Es wäre nur erwünscht, wenn die Besprechungen darüber schon früher stattfänden.

Ende des Bitterfelder Streiks

R. Dessau, 3. Dezember.

Die Verhandlungen der paritätischen Kommission sind zum Abschluß gekommen. Ein acht Punkte umfassendes Protokoll wurde von 46 von den 50 Betriebsräten angenommen. Danach werden drei bis vier Arbeiterführer, darunter Haar, nicht wieder eingestellt. Die Einstellung weiterer unterliegt einem Schiedsspruch. Der für den Bustag gezahlte Lohn wird wieder abgezogen, die Streiktage werden nicht bezahlt. Der militärische Befehlshaber wird nach Beschluß der Arbeitsaufnahme dem Reichswehrminister die Einstellung der militärischen Maßnahmen empfehlen. Morgen wird zum Teil die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Erzbergers Steuer-Programm

Nationalversammlung

Berlin, 3. Dezember.

Am Ministertisch: Erzberger.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Soweit es sich bei der Finanzreform um eine neue Gestaltung des Steuerwesens handelt, ist die unmittelbare Gegenwartsaufgabe eine dreifache: eine quantitative, eine qualitative und eine distributive Aufgabe. Die quantitative Seite des Steuerprogramms besteht darin, daß wir die nötigen Milliarden aufbringen. Hierin liegt die erste Voraussetzung der finanziellen und wirtschaftlichen Gesundung. Die Umwandlung des Verkehrswesens ist in erster Linie erforderlich. Die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens wird den Auftakt bilden zu einer ganz neuen Gesetzgebung. Eine wirkliche Reform hat eine entsprechende Gliederung des Steuerbedarfs zur Voraussetzung: Gerechte Lastenverteilung, Neuerfassung der Steuerquellen, Neuerungen auf dem Gebiet der Steuererhebung. Im engsten Zusammenhang damit steht dann die Verteilung der Steuereinnahmen auf die verschiedenen Steuergewalten, auf das Reich, die Länder und Gemeinden. Der Etat für 1919 wird uns eine Entlastung in den Gesamtausgaben bringen in Höhe von 21,5 Milliarden Mk. Aber auch er ist in seinen wesentlichen Punkten noch immer ein Kriegsetat und gebildet aus der großen Summe von außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 41 Millionen, ebenso die 17 Milliarden, die zur Tilgung des Friedensvertrages notwendig wurden. 8½ Millionen wurden zur Verbilligung der Lebensmittel gewährt. Dazu kommt die einmalige Ausgabe von 2 Milliarden, die nach der

Beamtenbesoldungsreform

in mehr oder weniger großem Umfang auf die fortlaufenden Ausgaben herüberwechseln werden. Diese Besoldungsreform ist eine der wichtigsten Staatsaufgaben. Weniger beschließende Köpfe und mehr ausführende Kräfte, weniger schwerfällige Instanzenzwang und größere Elastizität werden eine der Hauptforderungen der Zukunft bilden. Die fortlaufenden Ausgaben für 1919 sind mit 13½ Milliarden Mark angesetzt. In Weimar haben wir für die laufende Steuern, die in die Reichskasse fließen werden, über 1000 Millionen bewilligt. Wichtiger als die in Weimar bewilligten laufenden Einkünfte sind die beiden einmaligen Steuern: Die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 und die Besteuerung des während des Krieges eingetretenen Vermögenszuwachses. Beide zusammen sollen 12 Milliarden erbringen. Wir müssen sobald als möglich aus dem Schuldenmachen herauskommen. Des weiteren bitte ich Sie, die gegenwärtigen Gesetzentwürfe baldmöglichst zu verabschieden. Wir müssen uns nun einen Ueberblick verschaffen über die Gestaltung der Ausgaben und Einnahmen in nächster Zukunft. Eine vollkommen exakte Uebersicht über die Ausgaben und Einnahmen der Zukunft ist nun nicht mehr möglich.

Der Bedarf des Reiches

für das nächste Jahr ist in der Denkschrift vom Sommer mit 17,5 Milliarden angesetzt. Zu deren Deckung kämen in erster Linie die direkten Steuern in Betracht. Wir haben in Weimar eine einmalige Vermögenssteuer von 12 Milliarden bewilligt, die in der Hauptsache als Kriegsgewinnsteuer anzusprechen ist. Hierzu kommt das Reichsnotopfer, das 45 Milliarden ergeben dürfte. Wir rechnen bei der Besteuerung des Vermögens mit einem jährlichen Ertrag von 3,6 Milliarden. Noch wichtiger für die Aufbringung des Steuerbedarfes ist die Einkommensteuer.

Das Einkommen soll durch drei Steuern getroffen werden: 1. Durch die allgemeine große Einkommensteuer, 2. der physisch persönlichen Besteuerung des Einkommens der Körperschaften und der toten Hand. Eine dritte Art von Einkommenbesteuerung ist dann gegeben durch Belastung des fundierten Einkommens, mittels der Besteuerung des Ertrages aus Grund und Boden. In dem Beharrungszustand hofft man aus der Einkommensteuer zuzüglich der Besteuerung der Körperschaften für Reich, Länder und Gemeinden zusammen den Betrag von 8 Milliarden zu erzielen. Dazu sollen dann noch 2,4 Milliarden treten als Ergebnis der Ertragssteuer. Es gilt, eine Gesamtsumme von mindestens 24 bis 25 Milliarden an Steuern aufzubringen. Da muß scharf zugegriffen werden. Aus der bereits beschlossenen Erbschaftssteuer sollen 75 Millionen jährlich gewonnen werden. Rund 40 Millionen fallen auf Einzelstaaten und Gemeinden. Es soll auch nicht bloß die Vermögenszuwachssteuer, sondern auch der jährliche Vermögenszuwachs noch mit besteuert werden. Nach dieser Zusammenstellung würden sich

die Einnahmen aus den direkten Steuern

insgesamt auf rund 15 Milliarden belaufen, wovon 9,5 auf das Reich und 5% auf Land und Gemeinden entfallen. Bei der indirekten Steuer sei sich im Beharrungszustand die Steuerveranlagung folgendermaßen gestalten. Möglich wäre es, das Zollwesen so auszubauen, daß der Betrag von 1 bis 1½ Milliarden in Steuern abzuführen wäre. Aus der Umsatzsteuer werden 4 Milliarden herausgeholt, wovon 3,4 auf das Reich und 600 Millionen auf Land und Gemeinden entfallen. Aus der großen Gruppe der indirekten Steuern würde sich folgende Besteuerung ergeben: Notwendige Besteuerungsartikel sollen belastet werden mit 500 Millionen, Salz mit 56, Zündwaren mit 50, Mineralwasser mit 30 Millionen. Die Zuckersteuer soll verdoppelt werden. Aus den Besteuerungsartikeln würde sich vielleicht der Betrag von 200—300 Millionen erzielen lassen. Die Kohlensteuer entwickelt sich gut. Diese Steuer bringt 2 Milliarden im Jahre. Eine Erhöhung dieser Steuer dürfte in Bälde vorgeschlagen werden. In der Besteuerung der entbehrlichen Genußmittel, im Branntweinmonopol, in der Schaumweinsteuer werden gute Beträge erzielt. Die Tabaksteuer ist durch die Zukreform bereits erledigt. Die Biersteuer muß wie die Branntwein- und Tabaksteuer entschieden umgestaltet werden. Aus diesen Steuern können bei etwas besserer Ausgestaltung 2½ Milliarden erzielt werden. Nach Hinzuziehung des Ertrages aus der Grundwertsteuer ergibt sich für die Verkehrssteuer der Betrag von rund 1000 Millionen, wovon 900 auf das Reich und der Rest auf Länder und Gemeinden entfallen.

Die Erträge der indirekten Steuern

und Zölle mit etwa 11 Milliarden Mark werden nur einkommen, wenn sich unser Wirtschaftsleben wieder entfaltet. Von der gesamten Steuerlast sollen nahezu 60 Prozent auf die rein direkten und nur 40 Prozent auf Zölle und indirekte Steuern entfallen. 75 Prozent des gesamten Riesensteuerungsbedarfes sollen durch direkte Steuern oder solche indirekte Steuern aufgebracht werden, die größtenteils von den bessersituierten Kreisen des Volkes getragen werden. Die Verteilung der Steuerlast kann sich sozial wohl sehen lassen.

Was ich vom ersten Tage meiner Amtstätigkeit mit Energie angestrebt habe, ist die reichseigene Steuerverwaltung. Sie ist eine logische Auswirkung der vollkommenen Verschiebung in unserem öffentlichen Bedarf. Mit der Uebertragung der direkten Steuern auf das Reich wird ein Jahrhunderte altes Problem gelöst. Reichsverfassung und Steuereinheit werden in Zukunft das deutsche Volk zu einer starken Einheit zusammenfassen. Doch ich verkenne nicht, daß es für Land und Gemeinde große Opfer bedeutet, auf das Ersterfügungsrecht bei den großen direkten Steuern zu verzichten. Durch das Landessteuergesetz wird eine neue Vermarkung des Besteuerungsbereiches vorgesehen. Wenn die Einkommenbesteuerung planmäßig durchgeführt wird, werden Länder und Gemeinden aus der Einkommensteuer fast genau so viel bekommen, als sämtliche Steuern in Reich, Land und Gemeinde vor dem Kriege betragen haben. Es wird den Ländern und Gemeinden auch eine Zusatzbesteuerung möglich gemacht. Daneben soll mit dem Prinzip der Zuschläge vollkommen gebrochen werden. Land und Gemeinde werden nur noch sehr geringe Selbständigkeit auf steuerlichem Gebiet besitzen, ist eine Befürchtung, die nicht zutrifft. Praktisch ist vielmehr die Masse der Steuereinnahmen durch das Landesbesteuerungsgesetz gegen früher außerordentlich ausgewertet. Länder und Gemeinden werden infolge der Neuordnung nur noch größere Steuereinkünfte beziehen, als eine eigene Steuergesetzgebung ihnen hätte erbringen können. Länder und Gemeinden werden bis zu einem gewissen Grade zur Sparsamkeit erzogen. Wenn im Ausmaß zwischen 1907 und 1913 die Ausgaben der Gemeinden gewachsen sind, so darf diese Entwicklung in Zukunft nicht weitergehen. Die Herauswirtschaftung eines möglichst hohen Betrages aus dem bevorstehenden Steueraufmand muß gelingen. Es sind schwere, fast zu schwere Lasten, welche von unserem Volke in Zukunft verlangt werden müssen. Wer noch vollkommen befangen ist in dem Gedanken des Individuellen, wie vor dem Krieg, dem wird diese Reform nicht zusagen.

Das Privateigentum

findet seine Würdigung, aber auch die sozialen Interessen. Das Interesse des gesamten Volkskörpers geht den Interessen des Einzelnen vor. Das ist auch tiefster Sinn der ganzen gegenwärtigen Sozialisierungsströmung. Das muß auch der Grundgedanke bei der Steuerreform sein. Im Krieg hat man dem Volk gesagt, daß es eine Einheit ist, daß das Wohl der Gesamtheit den Interessen des Einzelnen vorgehe. In Zukunft wird Arbeit die herrschende Rolle spielen, die uns herausführen kann aus dem Elend der Gegenwart. Die Steuerreform wird mitwirken an der großen Aufgabe, aus den Trümmern des Krieges ein neues Deutschland, den Sozialstaat der Zukunft aufzubauen.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.): Den mündlichen Darlegungen des Ministers konnten wir nicht so folgen, um jetzt in die Debatte eintreten zu können. Ich bitte, die Sitzungen morgen und übermorgen ausfallen zu lassen.

Reichsminister Erzberger: Meine Rede wird den Herren sofort zugehen.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, morgen um 1 Uhr die Beratungen fortzusetzen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dtschnl.) stimmt dem Abg. Becker zu, auch wegen der Aeußerungen des Ministers Hirsch im Reichsrat zu den Steuervorlagen, sowie der Stellungnahme einzelner Finanzminister, die meist keine Hetze wünschten.

Abg. Scheidemann (Soz.) schlägt vor, die Beratungen am Freitag fortzusetzen.

Abg. von Payer (Dem.) und Abg. Trimborn (Ztr.) stimmen dem zu.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 8¼ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912041-15/fragment/page=0001

Um Kirche und Schule

Preußenparlament

Berlin, 8. Dezember.

Am Ministertische: Hänisch.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Die zweite Beratung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beginnt mit der förmlichen Anfrage Dr. Friedberg (Dem.) und Genossen über die evangelische Kirchenverfassung.

Abg. Dr. Berndt (Dem.): Der Oberkirchenrat hat am 30. September der Generalsynode den Entwurf eines Kirchengesetzes über eine außerordentliche verfassunggebende Kirchenversammlung vorgelegt, der im Widerspruch zu der vorläufigen preußischen Verfassung bestimmt, daß bis zum Inkrafttreten der künftigen Verfassung die Rechte des landesherrlichen Kirchenregiments vom Oberkirchenrat unter Mitwirkung des Generalsynodevorstandes ausgeübt werden, und im Widerspruch mit den demokratischen Grundsätzen, daß die Wahlen zu der verfassunggebenden Kirchenversammlung mittelbar unter Beschränkung der Wählbarkeit vieler Kirchengenossen erfolgen soll. Was wird die Regierung tun, um gegenüber diesem Entwurf die Rechte des Staates und der evangelischen Staatsbürger zu wahren?

Es folgt die förmliche Anfrage der Deutschnationalen über die Freiheit der Religionsgesellschaften.

Abg. Dr. Reinhardt (Dtschnl.): Im Widerspruch mit der Reichsverfassung und dem Beschluß des Dresdner Kirchentages sind in unserm Haushaltsausschuß Stimmen erhoben worden, die den staatlichen Einfluß auf die evangelische Kirche aufrechterhalten und die Handlungsfreiheit der Generalsynode einschränken wollen. Das hat große Beunruhigung hervorgerufen. Wir fragen die Regierung, ob sie die verfassungsmäßige Freiheit der Religionsgesellschaften schützen und der verfassunggebenden Kirchenversammlung volle Handlungsfreiheit gewähren will. Der Staat soll sich meines Erachtens in innere Kirchenangelegenheit nicht einmischen. Ein Wahlrecht im Sinne des Vorredners schützt nicht die Minderheiten.

In der allgemeinen Besprechung soll auch die Beantwortung der Anfragen erfolgen.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.): Wir wollen den Uebergang von der zugrunde gehenden bürgerlichen zur neuen Kultur in ruhigen Formen. Wir verlangen daher auch nicht den sofortigen Ausschluß kirchlicher Ausgaben aus dem Staatshaushalt. Wir stehen auf dem Boden des Schulkompromisses, wonach die konfessionellen Schulen weiter ermöglicht werden, wenn wir es auch bedauern, daß das Kompromiß nötig wurde. Wir erstreben aber die Einheitsschule für das ganze Volk. Es liegt im Wesen der neuen Kultur, daß sich nicht einzelne Volksschichten voneinander abtrennen. Dazu bedürfen wir aber vor allem der Einheitsschule. Frauen sollten nicht nur im Ministerium, sondern auch in den Provinzialschulkollegien mitarbeiten.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.): Ich glaube nicht, daß wir uns heute zum letzten Male mit dem Kultusetat beschäftigen. In ihren Anforderungen wird sich die Kirche gewiß gern der Finanzlage des Staates anpassen. Ueberdies ist die Kirche die festeste Stütze für die Autorität des Staates. Durch die Religion wird die Autorität im Gewissen des Menschen verankert. Der Minister sollte aus der Anerkennung der ethischen Werte des Christentums die rechten Folgerungen ziehen, und diese Kräfte sich frei entfalten lassen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Minister sollte die alten Rechte des Kulturkampfes, zum Beispiel das Einspruchsrecht der Oberpräsidenten gegen die Pfarramtsbesetzung, beseitigen. Ebenso die noch bestehenden Ordensbeschränkungen. Aus Liebe zum Vaterlande sind wir in diese Koalitionsregierung eingetreten. Es ist eine Gemeinschaft der Sorgen und Pflichten, keine Gesinnungsgemeinschaft. Wir bleiben stehen auf dem Boden unserer Weltanschauung. Der Wahrheit gehört der Sieg. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Nade (Dem.): Wir bewilligen den kirchlichen Haushalt, aber wir bereiten gleichwohl die Trennung der Kirche vom Staate vor. Wir erstreben durch die Trennung nicht das Aufhören aller Wechselbeziehungen, sondern die Beseitigung der Staatskirche als solcher und damit einen Zustand, der einen Kulturkampf unmöglich macht. Wir wollen eine in sich selbständige Volkskirche. Darüber müssen wir uns verständigen. Der großen Verantwortung für die Uebergangszeit muß sich der Minister bewußt sein. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Dr. Klingemann (Deutschnational): Jetzt handelt es sich für die evangelische Kirche um die Beratung ihrer künftigen Verfassung. Das ist ihre eigene Sache, und wir müssen daher jede Beengung dieser Tätigkeit als einen Eingriff in die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche zurückweisen. (Sehr richtig! rechts.) Bemerkenswert ist, daß wir einen Kultusminister haben, der keiner christlichen Kirch angehört. Das läßt doch die Möglichkeit eines mangelnden Verständnisses für kirchliche Dinge auf seiner Seite zu, und auf der anderen Seite zeitigt es Mangel an Vertrauen zum Minister. Daraus, daß die Kirche sich auf den Krieg einstellte, kann man ihr keinen Vorwurf machen. (Beifall rechts.)

Minister Hänisch: Es wäre nicht zweckmäßig, jetzt eine allgemeine große Religionsdebatte zu entfesseln. Jetzt ist es unter den Koalitionsparteien notwendig, das zu betonen, was sie einigt, nicht, was sie trennt. Die Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze wäre jetzt geradezu ein Verbrechen. Nachdem das Schul- und Kirchenkompromiß von Weimar Gesetz geworden ist, werde ich es in loyalster Weise durchführen. Ich bitte die katholische Kirche, davon Kenntnis zu nehmen. Die Auseinandersetzung wird unter denkbar größter Schonung der kirchlichen Interessen erfolgen. Die Kirche wird auch in der Steuergesetzgebung nicht anders behandelt werden, als andere Körperschaften des öffentlichen Rechts. Ich hoffe, daß die Trennung von Kirche und Staat sich im Geiste der Versöhnlichkeit vollziehen wird. Was die künftige Kirchenverfassung anlangt, so wünschen wir, daß nach Möglichkeit Konflikte vermieden werden. Entsprechende Vorlagen werden der Landesversammlung demnächst gemacht werden. Die Einberufung der Generalsynode haben die drei Minister in Evangelicis gerade deshalb versprochen, um Konflikten vorzubeugen.

Abg. Dr. Boelitz (D. Vpt.): Im vaterländischen Interesse werden wir unsere Stellungnahme von Fall zu Fall nach sorgsamer Erwägung einrichten. Der Minister ist belastet durch seine Vergangenheit nicht als Abgeordneter, aber als Mitinhaber des Ministeriums Haenisch-Hoffmann. In den Schulfragen erscheint es uns sehr bedenklich, daß die Parteipolitik in den Vordergrund gedrängt wird. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei darf unter keinen Umständen zur Voraussetzung für die Besetzung eines Amtes werden. Ebensowenig darf auch jemand wegen seiner politischen Gesinnung vom Lehramt entfernt werden. Wir brauchen eine gute Kulturpolitik. Wir sind auf dem Wege zum Einheitsstaat und sind damit einverstanden.

Abg. Prelle (Deutsch-Hannob.): Wenn an die Stelle der christlichen Ethik eine neue Kultur treten soll, so sage man uns doch, was man darunter versteht. Die christliche Kultur hat unser Volk groß gemacht. Wer Deutschland wiederaufbauen will, muß daher vor allem die christliche Religion stützen. Das Erziehungswesen muß auf christlicher Grundlage aufgebaut werden.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.): Wir müssen uns dagegen wehren, daß die Kirche Schritt für Schritt aus dem Schulwesen herausgedrängt wird. Es wird uns nicht leicht gemacht, in der Koalition zu verbleiben, wenn wir Zug um Zug niedergestimmt werden. Das Weimarer Schulkompromiß werden wir loyal halten, wollen es aber naturgemäß nicht durch unrichtige Auslegung entwerten lassen.

Donnerstag 11 Uhr Fortsetzung.

Schluß: 7 Uhr.

Wird Hindenburg nochmals vorgeladen?

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 8. Dezember.

Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgeteilt, daß die ursprünglich für morgen anberaumte Sitzung des zweiten Unterausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf Montag verschoben ist. In dieser Sitzung wird außerdem Beschluß gefaßt werden, ob Generalfeldmarschall v. Hindenburg ein zweites Mal vor dem Ausschuß erscheinen soll.

Der Abtransport aus dem Baltikum

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 8. Dezember.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß der Abtransport der baltischen Truppen sich jetzt in durchaus geregeltem Rahmen vollzieht. Unter den baltischen Truppen kommen wohl noch vereinzelt Pflichtverletzungen vor. Es handelt sich aber nur um Einzelfälle.

Noch immer deutsche Kriegsgefangene in England

Wie die „Deutsche Tageszeitung" von zuständiger Seite erfährt, sind zwei Kriegsgefangenenlager in England noch immer nicht geräumt. Es handelt sich um die Gefangenenlager Wakefield und Ripont. Die deutsche Regierung hat infolgedessen an die englische Regierung eine Anfrage gerichtet, aus welchen Gründen diese Kriegsgefangenen zurückgehalten werden.

25 Jahre Ostmarkenverein

Die Tagung des Gesamtausschusses des Deutschen Ostmarkenvereins in Berlin, war eine Jubiläumssitzung anläßlich seines 25jährigen Bestehens. Ein Blick in die vom Hauptvorstande des Vereins vorgelegte Festschrift: „25 Jahre ostmärkischer Arbeit und Kämpfe" zeigt, welch weit umfassendes Feld der Verein bearbeitet und wieviel Großes er geleistet hat. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Ansiedlungskommissions-Präsidenten, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Garve. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Wir haben nie aufgehört, Regierung und Oeffentlichkeit auf die durch die großpolnische Propaganda drohende Gefahr hinzuweisen und für die Erhaltung und Förderung des Deutschtums in den Ostmarken einzutreten. Erhobenen Hauptes können wir auf ein arbeitsreiches Vierteljahrhundert zurückblicken und laut bekennen, daß wir stets in ritterlicher Art und mit ehrlichen Waffen gekämpft haben. Meistens galt unser Kampf den Polen als solchen, sondern nur ihren auf Zerreißung preußischer Gebietsteile gerichteten Bestrebungen. Wir haben immer den Polen die Hand zur Versöhnung geboten, freilich auf dem Boden, den eine hundertjährige Entwicklung geschaffen. Unser Endziel war die Aussöhnung der beiden Volksstämme.

Nun ist der größte Teil der Ostmark verloren. Blutenden Herzens sehen wir unsere deutschen Stammesgenossen aus dem Reichsverbande ausscheiden. Unser Herz bleibt bei ihnen, unser Denken und Arbeiten wird auch in Zukunft ihnen gehören. Euch die ihr polnische Untertanen werden müßt, rufen wir zu: Haltet aus, so hart und schwer auch euer Leben sich gestalten wird! Bleibt deutsch in eurem Herzen und Geist! Haltet fest an eurer Muttersprache und an dem Boden, den ihr von euren Vätern ererbt oder in harter Arbeit selbst erworben habt! Erzieht eure Kinder in diesem Geiste! Die Hoffnung, daß das deutsche Volk wieder gesunden und aus der Tiefe, in die ein grausames Schicksal es geworfen, wieder aufsteigen wird, ist unser und euer Trost!"

Reichstagswahlgesetze.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Wie wir erfahren, nähern sich die Beratungen innerhalb der Reichsregierung über die Reichstagswahlgesetze dem Abschluß. Ueber wesentliche Einzelheiten finden allerdings noch Verhandlungen statt, doch ist damit zu rechnen, daß die betreffenden Gesetzentwürfe, wenn nicht früher, dann aller Wahrscheinlichkeit nach während der Weihnachtspause der Nationalversammlung zugehen werden, so daß sie alsbald nach der Wiederaufnahme der Arbeiten zur ersten Beratung kommen können. Da in Regierungskreisen damit gerechnet wird, daß die Ausschußberatungen nicht allzulange Zeit in Anspruch nehmen dürfen, so steht die Verabschiedung für Anfang März zu erwarten. Dieser Zeitpunkt wird dann auch von entscheidender Bedeutung für die Frage der Auflösung der Nationalversammlung und die Vornahme der Reichstagswahlen sein.

Noch nicht radikal genug

Parteitag der U. S. P. D.

Leipzig, 8. Dezember.

In der heutigen Sitzung des „unabhängigen" Parteitages kam der Parteivorsitzende Crispien auf den Vorfall mit den Kommunistenführer Levi zurück, der zu Beginn der Dienstag-Sitzung zu einer stürmischen Auseinandersetzung Veranlassung gegeben hatte. Crispien teilte mit, daß sich alle maßgebenden Parteiinstanzen mit dem Vorfall beschäftigt und festgestellt haben, daß es sich um eine „zufällige private Unterhaltung" einzelner Genossen gehandelt habe. Die Parteileitung hält es aber für wünschenswert, daß solche Sonderbesprechungen „nach Möglichkeit vermieden" werden.

Hierauf nahm der als Korreferent des linken Flügels der Partei vorgesehene Schriftsteller Däumig zur Frage: „Programm und Taktik" das Wort. Er begann mit einer Erklärung, daß er in allen Punkten mit Crispiens Worten übereinstimme und daß er auch nicht als Korreferent sprechen könne, er wolle nur Rätesystem und Diktatur noch stärker betonen, als Crispien es getan habe. Däumig wandte sich dann gegen alle Ueberlieferungen, die die Unabhängigen bei ihrer Gründung aus der alten Partei mit übernommen haben, und forderte einen rücksichtslosen Bruch mit der ganzen Vergangenheit. Die Unabhängigen müssen eine revolutionäre Partei ohne jede Einschränkung sein. Die Weltrevolution wird siegen und bürgerliche Begriffe, wie Völkerbund und Abrüstung über den Haufen werfen. Wir wenden uns auch gegen das verkrüchterte Gebilde der Gewerkschaften und gegen die gegenrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie, die zum Teufel gejagt werden muß. Wir wollen die Gewerkschaft von innen heraus revolutionieren. Unser Rätesystem hat nichts zu tun mit den Betriebsräten, wie sie jetzt von der Regierung geschaffen wurden.

In der Aussprache nahm als erster Redner der Leipziger Stadtverordnetenvorsteher Seger das Wort, um sich gegen die „revolutionären Phrasen" zu wenden.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

62] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

„Ja — ich kann dir nicht unrecht geben —, der Schein ist sehr gegen sie," sprach der Landgerichtsrat seufzend. „Doch du solltest diese Männer so kennen wie ich! Diese durchaus vornehmen, edlen und dabei so weichherzigen Menschen! Ich habe den Eindruck, als habe das Verhängnis es ganz besonders auf Anton Hildebrand abgesehen. Und er als des Mordes angeklagt vor dem Schwurgericht — das ist ein Gedanke, den ich nicht fassen kann. Ich fürchte, Anton Hildebrand wird unter einer solchen Schmach zusammenbrechen, wie auch das Ergebnis der Verhandlung sein mag. O, mein Freund, wir müssen unser Möglichstes tun, um den wirklichen Mörder aufzufinden!"

„Gewiß — aber wo angreifen? Wir haben keinerlei Handhaben."

„Weißt du — ich meine, die Ueberzeugung Oswalds, daß der eingesandte Dolch uns den Weg weist, den wir zu beschreiten haben, hat vieles für sich. Ich habe hierüber eine ganz besondere Idee, der ich wohl folgen möchte."

„Gewiß, tu das nur. Vielleicht ist es sogar von Vorteil, wenn du ganz selbständig eine Spur verfolgst. Selbstverständlich steht dir das Tatsachenmaterial in vollem Umfang zur Verfügung. Und wenn du mich morgen zum Hause Bürklins begleitest, so wirst du ja auch die Persönlichkeiten kennen lernen, die in dem Drama eine Rolle spielen."

Die beiden Herren verabredeten nun die Stunde ihres Zusammentreffens am nächsten Morgen und trennten sich dann für diesen Tag.

10. Kapitel.

Die Leiche Peter Bürklins war beigesetzt. Die wenigen Leidtragenden hatten sich zerstreut. Laura Bürklin und ihr Vetter waren nach Hause zurückgekehrt. Die Hauswirtschaft wurde durch eine alte Frau besorgt.

Es war kurz vor Mittag. Laura Bürklin saß vor dem Schreibtisch ihres Vaters und blätterte dessen Papiere durch. Da wurde ihr der Besuch von zwei Herren gemeldet. Ihr Gesicht verfinsterte sich, einen Augenblick schwankte sie, ob sie den Besuch empfangen sollte oder nicht. Dann, die Zwecklosigkeit einer Abweisung einsehend, gab sie Weisung, die Besucher eintreten zu lassen. Sie hatte erwartet, es würden wieder der Untersuchungsrichter und der Polizeirat sein. Darum war sie ein wenig erstaunt, statt des Polizeirats einen anderen, ihr fremden Herrn zu sehen.

„Verzeihen Sie, mein Fräulein, daß wir abermals Ihre Zeit in Anspruch nehmen müssen," begann Doktor Ludewig in höflichem, doch kühl geschäftsmäßigem Ton. „Vor allen Dingen erlauben Sie mir, Ihnen Herrn Landgerichtsrat Doktor Sigismund vorzustellen."

In den Augen des Fräuleins blitzte es auf. Ihr Blick flog zu dem Genannten hinüber — —

„Ah, Herr Landgerichtsrat Sigismund — wie bekannt mir der Name klingt! Halt — jetzt weiß ichs — sind Sie nicht der zukünftige Schwiegervater des Herrn Oswald Hildebrand?"

„So ist es, mein Fräulein."

„Wie schade, nicht wahr, daß nun aus der Hochzeit nichts wird — wenigstens vorläufig nicht."

„Woraus schließen Sie das, wenn ich fragen darf?"

„Nun — meinen Eindruck gemäß stehen die Sachen der beiden Herren recht hoffnungslos."

„O, Sie täuschen sich, mein Fräulein, es ist — doch ich will nicht vorgreifen. Der Herr Untersuchungsrichter hat vorläufig das Wort."

„Also bitte, mein Herr. Gibts etwas Neues?"

„Allerdings. Ich muß Ihnen mitteilen, daß der Dolch gefunden ist."

„Ach, in der Tat!" rief Laura mit einem kleinen Lächeln. „Er ist gefunden worden! Also doch nicht in meinen Truhen und Schränken!"

„Nein, das nicht," sprach der Untersuchungsrichter trocken. „Ich habe mich nicht ganz richtig ausgedrückt, als ich sagte, der Dolch sei gefunden worden. Vielmehr hat man ihn der Polizei zugeschickt."

„Ah, das ist etwas anderes. Da könnte ich es schließlich ja doch gewesen sein, der die Waffe hat verschwinden lassen."

„Die Möglichkeit ist allerdings nicht ausgeschlossen. Der Sendung lag auch ein Brief bei —"

„Natürlich von meiner Hand."

„Natürlich nicht von Ihrer Hand, Fräulein Bürklin, denn das wäre dumm."

„Und für dumm halten Sie mich nicht — das freut mich."

„Aber Sie konnten ja die Absendung der Waffe veranlaßt haben."

„Da haben Sie recht. Es liegt mir nun also ob, meine sämtlichen Verwandten, Freunde und Bekannten vorzuführen und Ihnen etwas vorschreiben zu lassen, damit Sie deren Handschriften mit der Schrift des Briefes vergleichen können. Ich setze voraus, daß der Brief mit einem Streichholz auf Pack- oder Butterbrotpapier geschrieben ist, mit einer nie dagewesenen Rechtschreibung — kurz, in einer Form, als stammte der Brief von einem Kongoneger —"

„Doch nicht, Fräulein Bürklin. Der Absender war ein gute Teil schlauer, als Sie voraussetzen.. Er hat den Brief so geschrieben, wie ihn ein gebildeter Mensch schreibt — wie ein Mensch, dem das Wohnen in Hotels nichts außergewöhnliches ist."

„Das Wohnen in Hotels — das verstehe ich nicht."

„Da — denken Sie nur — als Briefpapier diente ein Bogen des Hotels „Zum Deutschen Kaiser" in Hamburg."

„Ei — wie merkwürdig! Demnach scheint der Absender des Briefes geradewegs aus Hamburg gekommen zu sein, um in diesem Mordprozeß eine Rolle zu spielen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912041-15/fragment/page=0002

Die Räumung der Abtretungsgebiete

Vor einigen Tagen wurde das deutsch-polnische Abkommen über die militärische Räumung der Abtretungsgebiete und die Uebergabe der zivilen Verwaltung abgeschlossen.

Die militärische Räumung durch uns und die Besetzung des abtretenden Gebiets durch die Polen beginnt für das gesamte abtretende Gebiet am siebenten Tage um 6 Uhr vormittags nach der Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunde des Friedensvertrages in Paris. Der Tag des Inkrafttretens wird nicht mitgerechnet.

Die Räumung und Besetzung erfolgt zonenweise. Sie ist in West- und Ostpreußen in 19 Tagen, in Posen und Schlesien in 8 Tagen durchzuführen. Eingehende Bestimmungen sichern den reibungslosen Verlauf der Räumung und Besetzung. Besondere Sicherheitsmaßnahmen sind während der zwischen Räumung und Besetzung liegenden Zeit für den Schutz des Privateigentums und der öffentlichen Ordnung getroffen. Die Uebergabe der wirtschaftlichen Einrichtungen, Verkehrsmittel usw. ist besonders geregelt.

Für die Uebergabe der zivilen Verwaltung in den von Polen noch nicht besetzten Teilen der Abtretungsgebiete wird je deutscher und polnischer Seite für jede staatliche Behörde, jedes wirtschaftsbetriebs sowie für jede Stelle und jeden Betrieb solcher öffentlich-rechtlicher Körperschaften, deren Zuständigkeitsgebiet durch die neue deutsch-polnische Grenze durchschnitten wird, je ein Kommissar bestellt. In den einzelnen Landkreisen wird je ein deutscher und polnischer Gemeindekommissar, sowie für die größeren Gesetzkomplexe Staatskommissare von beiden Seiten ernannt.

Die Abwicklung der bisherigen deutschen Verwaltung und die Ueberleitung in die neuen Verhältnisse wird von den deutschen Staatskommissaren und Ueberleitungsstelle und den besonderen Ueberleitungskommissaren durchgeführt werden, zu deren Aufgabe auch die Auseinandersetzung wegen des endgültig an Polen fallenden Staatseigentums, sowie die finanzielle Abrechnung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben in den Abtretungsgebieten gehören. Besondere Bestimmungen sind nach für freien dienstlichen und persönlichen Verkehr für Kommissare getroffen.

Der Marloh-Prozeß

Berlin, 8. Dezember.

Die Verhandlung gegen den Oberleutnant Otto Marloh wegen Erschießung von 29 Matrosen begann heute vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade 3. Den Vorsitz des Kriegsgerichts führt Kriegsgerichtsrat Welk. Die Anklage wird durch Kriegsgerichtsrat Meyer vertreten. Es sind mehr als 60 Zeugen geladen. Die Anklage beschuldigt den Oberleutnant Marloh, am 11. März auf dem Grundstück Französischestraße 32 die Erschießung von 29 Matrosen der Volksmarinedivision befohlen zu haben, obwohl die Anwendung von Waffen nicht nötig gewesen wäre. Die Anklage wird auf Totschlag erhoben, ferner auf Fahnenflucht unter Benutzung gefälschter Pässe und Ausweise.

Der Angeklagte Marloh gibt an: Bei den Freiwilligenformationen bestand die Ansicht, daß die Volksmarinedivision zum allergrößten Teil aus Aufsässigen und Plünderern zusammensetzte und daß die Versammlung im Hause Französische Straße der Vorbereitung neuer Unruhen durch die Volksmarinedivision dienen sollte.

Der Vorsitzende verliest nun eine Reihe von Befehlen der damaligen militärischen Kommandostellen, aus denen hervorgeht, daß jedes Mitglied der Volksmarinedivision, daß mit der Waffe in der Hand kämpfend angetroffen würde, standrechtlich zu erschießen sei. Ebenso sollte es den Personen ergehen, die sich der Plünderung schuldig machten. Was hat sich nun am 11. März abgespielt?

Angeklagter: Wir haben frühmorgens das Haus besetzt. Mittags hatte ich 300 Mann festgenommen. Am 11. März kam Leutnant Schröder und überbrachte einen Befehl, wonach ich energisch durchgreifen müsse. Dieser Befehl sei ihm im Auftrage des Obersten Reinhard übermittelt worden und versetzte ihn in große Erregung.

Der Vorsitzende wendete ein, daß dies eigentlich kein Befehl wäre.

Marloh erwidert: Ich kenne Oberst Reinhard dienstlich. Es war ein Befehl. Inzwischen waren Verstärkungen angekommen, etwa 500 Mann und 2 Geschütze. In weiterer Ueberlegung des ersten Befehls des Obersten Reinhard gab nun Marloh folgende zwei Befehle an die gefangenen Matrosen heraus. Erstens: Kein Wort wird gesprochen. Zweitens: Keine Bewegung wird gemacht. Jeder Versuch, diese Befehle nicht zu befolgen, wird als Meuterei bestraft. Um 11 Uhr 30 Min. brachte der Vetter des Oberleutnants Marloh, Leutnant Wehmeyer, folgenden anderen Befehl, den Marloh wiederum nur inhaltlich mitteilen kann: „Du mußt alles erschießen, was irgendwie zu erschießen ist. Du mußt 150 Mann erschießen."

Der Vorsitzende befragt Marloh, ob er darauf geantwortet habe: Du bist verrückt. Ich weiß selbst, was ich zu tun habe.

Marloh bezeichnet diese Antwort als möglich. Er ließ nun die gefangenen Matrosen an sich vorbei passieren. Dieselben, die ihm besonders intelligent erschienen, die also als Gruppenführer in Betracht kamen, ferner diejenigen, die ihm durch ihre ganze Kleidung oder durch wertvollen Schmuck auffielen, insgesamt 70 bis 80 Mann, ließ er in das Hofzimmer bringen. 13 Mann, die er für ganz gefährliche Verbrecher hielt, hatte er schon vorher in den Keller bringen lassen. Die restlichen Matrosen wurden in das Straßenzimmer gebracht.

Der Vorsitzende versucht, Marloh begreiflich zu machen, daß diese Art der Auslese nicht sehr stichhaltig war.

Marloh erklärt jedoch immer wieder: Er hatte Befehl, er entschloß sich nun, eine Anzahl Matrosen erschießen zu lassen, er er dazu strikten Befehl gehabt habe. Das wollte er verantworten. Er entschloß sich zunächst, die 13 Matrosen im Keller und eine Anzahl von den im Hofzimmer internierten Matrosen erschießen zu lassen. In diesem Augenblick kam Hauptmann Geninet und machte Marloh darauf aufmerksam, daß ein Teil der Matrosen zu der von ihm entlassenen zuverlässigen Eisenbahnbesatzung gehöre und er sich für sie verbürge. Marloh forderte die von Geninet bezeichneten Leute wieder der Erschießung aus. Die Erschießung hat Marloh nicht persönlich geleitet. Er hat damit den Unteroffizier Penter beauftragt, ohne zu wissen, daß dieser wenige Tage vorher von den Spartakisten gefangen und mißhandelt worden war.

Der Vorsitzende stellt sodann fest: Als die Matrosen vorübergingen beisammen standen und die schußbereiten Gewehre sahen, erhob sich ein sehr großes Geschrei. Es wurde zunächst eine Salve gefeuert, worauf sich das Geschrei und Gejammere verstärkte. Dann sei Schnellfeuer gehört worden, das nur etwa 3 Minuten andauerte.

Marloh bestätigt diese Wahrnehmung.

Der Vorsitzende stellt weiter fest, daß dann zwei Mann der Schützen die noch Lebenden durch Fangschüsse mit der Pistole töteten. Zwei Mann sollen in den Keller geflüchtet und dort mit der Pistole erschossen worden sein. Insgesamt blieben 30 Mann tot. Der 30., der Matrose Hewin, war nur am Arm verwundet, blieb wie tot liegen, erwachte aber später und wurde [illegible] aufmerksam.

Marloh erklärt weiter: Ich bin gegen meine Ueberzeugung entflohen. Oberleutnant von Kessel hat mir 5000 Mark und Legitimationspapiere übergeben, von denen ich der Ueberzeugung war, daß sie mit Wissen der Regierung ausgestellt seien.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Erschießung heute noch für gerechtfertigt halte, erklärt Marloh: Es täte ihm leid, daß unter den Erschossenen sich auch Unschuldige befunden haben. Er fühle sich für sein Vorgehen vollkommen gedeckt durch den Befehl des Obersten Reinhard, daß er 150 Mann erschießen sollte.

Das nunmehr ausführlich erstattete Gutachten der medizinischen Sachverständigen erklärt Marloh als erblich nicht belastet.

Aus der nun folgenden Zeugenvernehmung ist bemerkenswert die Erklärung des damaligen Kommandanten von Berlin Klawunde. Marloh erklärte ihm: Ich handle auf Befehl. Hier ist er. Er legte Klawunde hierbei ein Quartblatt vor, daß dieser in der Aufregung nicht genau durchlas. Klawunde hat jedenfalls den Eindruck gehabt, daß Marloh unter einem Zwang und unter einem bestimmten Druck handle.

Die Verhandlung wurde auf Donnerstag vormittag vertagt.

Wegen Hochverrats wurde der Leutnant Karpf, der beschuldigt ist, während der Räteregierung als Generalstabschef des Matrosen Egelhofer fungiert zu haben, zu 12 Jahren Festung verurteilt worden.

Halle und Umgebung

Halle, 4. Dezember.

Professor Dr. Scupin

Wie wir hören, hat Herr Prof. Dr. Scupin von der hiesigen Universität einen Ruf an die Universität Dorpat als ordentlicher Professor für Geologie und Mineralogie erhalten. Herr Prof. Scupin lehrte bereits im Herbst 1918 an der Universität Dorpat, mußte aber beim Zusammenbruch infolge der Räumung des Baltikums mit den übrigen reichsdeutschen Professoren seine Lehrtätigkeit dort aufgeben. Wir würden es außerordentlich bedauern, wenn der hervorragende Gelehrte der hiesigen Universität verloren ginge. Aber nicht nur die Universität würde durch den Fortgang des Herrn Professors Scupin einen starken Verlust erleiden, sondern ebenso auch die nationale Bewegung, in welcher er an erster Stelle steht und sowohl durch seine opfermütige Arbeit wie durch seine Führereigenschaften allseitig bekannt und beliebt ist. Wir geben der Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß es der Universitätsbehörde und dem Ministerium gelingen werde, Herrn Prof. Dr. Scupin der Universität Halle zu erhalten.

Aufruf

der Zentralstelle zur Unterbringung erholungsbedürftiger deutscher Kinder in der Schweiz.

Die Zentralstelle zur Unterbringung erholungsbedürftiger deutscher Kinder in der Schweiz in Halle hat in der letzten Zeit etwa 4000 Kinder nach der Schweiz übergeführt, darunter allein etwa 1200 Kinder aus der Stadt Halle. Die Kinder sind alle gesund wiedergekehrt. Körpergewichtszunahmen zwischen 10 und 18 Pfund sind die Regel. Die leuchtenden Augen der Kleinen berichten, daß die Kinder nicht nur körperlich, sondern auch seelisch nur Gutes in der Schweiz erfahren haben. Viele Kinder sind von Kopf bis zu Fuß neu eingekleidet worden, alle sind reich beschenkt wiedergekehrt.

Manche Eltern dieser Kinder sind gewiß in der Lage, die Zentralstelle durch Ueberweisung einer Gabe (Bankhaus Steckner) zu unterstützen, und damit zu bewirken, daß die Zentralstelle ihre Aufgabe weiter durchführen kann. Sie befindet sich in einer großen Notlage. Der Sturz der Valuta läßt die Ausgaben immer höher steigen. Die Eltern haben bei weitem nicht alle 102 M. für die Ueberführung ihres Kindes nach der Schweiz bezahlt, und doch kosten die Verpflegung auf der Fahrt und die Bezahlung der Eisenbahnfahrt in der Schweiz bei weitem mehr. Sind doch 100 M. zurzeit nur 10 Frs.! Aber nicht nur jene Eltern, die in der Schweiz so viel Gutes erfahren haben, werden gebeten, das Hilfswerk zu unterstützen, sondern darüber hinaus alle Freunde unserer Jugend. Gelingt es nicht, einer großen Anzahl von Kindern wieder aufzuhelfen, so ist die Zukunft des deutschen Volkes auf das Aeußerste gefährdet. Es erweckt bittere Gefühle, wenn man sieht, daß Tausende von Schweizer Familien das große Opfer auf sich nehmen, ihnen fremde deutsche Kinder wochenlang als eigen aufzunehmen und unter großen Geldopfern diesen Kindern Gutes zu tun, während in der Heimat das Hilfswerk ohne Unterstützung bleibt. Ferner werden andauernd Geldsummen in der Schweiz gespendet, um für die Kinder Heime zu unterhalten. Jüngst hat auch der Schweizer Dichter Ernst Zahn die Zentralstelle mit einer Gabe von 5000 M. erfreut.

Möge der Ruf um Unterstützung der Zentralstelle in diesen Weihnachtstagen nicht ungehört verhallen.

E. Abderhalden.

Nachschrift der Redaktion: Auch wir möchten nicht verfehlen, im Sinne des vorstehenden Aufrufes unsere Leser zu bitten das Liebeswerk der Zentralstelle recht reichlich mit Geldmitteln zu unterstützen, damit in dieser gemeinnützigen Tätigkeit keine Stockung eintrete. Wir geben dem Wunsche und der Erwartung Ausdruck, daß das bevorstehende Weihnachtsfest den armen erholungsbedürftigen Kindern soviel Gaben bringen möge, daß sie die Kosten für die Reise nach der Schweiz bestreiten können.

*

— Ankunft deutscher Kinder aus der Schweiz. Von der Zentralstelle zur Unterbringung erholungsbedürftiger deutscher Kinder in der Schweiz wird uns geschrieben: Die am 28. Oktober von Halle ausgereisten Kinder treffen am 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr 44 Minuten, in Halle ein, vorausgesetzt, daß keine Verspätung eintritt. — Die Eltern der Kinder werden dringend gebeten, den Bahnsteig nicht zu betreten, bevor die Kinder den Zug verlassen haben. Bei der letzten Rückkehr des Zuges kam es zu vielen Störungen, weil die Angehörigen den ganzen Bahnsteig überfluteten. Es dauerte Stunden, ehe alle Angehörigen ihre Kinder gefunden hatten. Manche Gepäckstücke sind zu unrecht mitgenommen und trotz Aufforderung noch nicht auf der Zentralstelle, Magdeburger Straße 21, abgegeben. Wenn die Eltern Disziplin halten, würde sich die Abholung der Kinder ganz glatt und in kurzer Zeit vollziehen.

Der Kilian-Prozeß

Der Zeuge Kaufmann Paul Schmidt war von Dezember bis April im engeren Arbeiterrat und zwar als Schriftführer tätig. Er bekundete, daß wiederholt von der Bewaffnung der Arbeiter gesprochen worden ist, daß in solchen Fällen Kilian sich aber gegen die Bewaffnung geäußert habe; auf andere Vorfälle kann er sich nicht mehr entsinnen, er will damit aber nicht sagen, daß nicht noch etwas vorgekommen wäre, und als nicht außerhalb der Sitzungen von Bewaffnungen gesprochen worden ist. Waffen seien im Rathause zu Verteidigungszwecken vorhanden gewesen, da die Artillerie den A.-Rat habe aufheben wollen; von der beabsichtigten Aufhaltung der Truppenzüge ist ihm zu Ohren gekommen, er weiß aber nicht, wer die Anordnung getroffen hat. Mit Ferchlandt ist Zeuge öfters im „Wettiner Hofe" zusammen gewesen, hat mit ihm aber nicht über das Anhalten der Truppentransporte gesprochen. Langer sagte, Schmidt sei mit Ferchlandt immer im Auto durch die Stadt gefahren, doch gibt Schmidt nur zu, einmal mit Ferchlandt und Meseberg nach der Grube „Klara" gefahren zu sein. Der Zeuge hält Kilian, den er sehr schätzen lernte, für einen Idealisten, der gegen jede Gewaltanwendung war. Am 1. März ist der Zeuge mit im „Volkspark" gewesen, wo Kilian zur Ruhe und Ordnung gemahnt und gewarnt habe, den Regierungstruppen Widerstand zu leisten. Schmidt war auch Mitglied der Kommission, die nach Ferchlandts Verhaftung in Berlin über die Gründe der Maßnahme Nachfrage gehalten hat. Nach der Vernehmung des Zeugen Schmidt beantragte der Staatsanwalt, den Zeugen nicht zu vereidigen, da er verdächtig sei, an den Plänen betreffend die Bewaffnung der Arbeiterschaft beteiligt gewesen zu sein; das Gericht beschließt jedoch die Vereidigung des Zeugen.

Der Staatsanwalt macht sodann die Mitteilung, daß der früher vernommene

Zeuge Rein gestern verhaftet werden sollte,

er sei aber flüchtig; Rein soll vorgestern gesagt haben, die Sache würde für ihn „brenzlich".

Nunmehr wird die Zeugin Emmi Hoffmann vernommen, die sich in Untersuchungshaft befindet, weil sie beschuldigt wird, an der beabsichtigten Beseitigung des Hartung mitgewirkt zu haben; sie war einige Zeit mit Hans Ferchlandt intim befreundet, den sie auch mit Geld und Verpflegung unterstützt hat. Am Abend des 2. März ist sie mit ihrer Schwester, Hans Ferchlandt, Dietze und Paetz bei August Puppe gewesen, wie von anderer Seite behauptet worden ist, sie weiß aber nicht, ob andere Personen gekommen sind, um mit Hans Ferchlandt zu sprechen; sie habe darauf nicht geachtet. Zeuge Hoffmann erklärte noch (wörtlich ins Protokoll): Am Abend des 1. März hat Hans Ferchlandt bei mir im Geschäft gegessen, ging dann fort nach der Reilstraße, wohin meine Schwester und ich ihn begleiteten; er hatte Matrosenuniform an, ging in die Kaserne in der Reilstraße, wechselte hier seine Uniform und ging in feldgrauer Uniform mit den anderen nach der Brunnenschule. Er hat mir nachher erzählt, daß er Gewehre an die Bevölkerung verteilt habe.

Zum Schluß wird noch Assessor Strauch (Untersuchungsrichter) vernommen. Diese Vernehmung dauerte etwa zwei Stunden und war durch erregte Zwischenfälle unterbrochen. Rechtsanwalt Dr. Müller erhielt 50 M. Ordnungsstrafe.

— Der Vaterländische Frauenverein, Halle a. S., konnte am vergangenen Dienstag abend in Anwesenheit der Vorsitzenden, Frau Dr. Krause-Dehne, und der Vorstandsdamen, Frl. von Trebra und Frl. Adele Schmidt die Feier der Eröffnung der neu gegründeten Jugendabteilung begehen, die im Vereinshaus, Schimmelstraße 12, stattfand. Welchen starken Anklang diese neue Bewegung in den Kreisen der jungen Mädchen gefunden hatte, zeigte der Begrüßungsabend, zu dem sich dank des liebenswürdigen Entgegenkommens der Schuldirektoren und -Leiterinnen eine erfreulich große Zahl junger Mädchen eingefunden hatte. Der Zweck dieser Jugendabteilungen soll sein: das Interesse der Jugend für soziale Arbeit wecken, daß sie sich zusammenfindet in fröhlicher Beschäftigung, sich in allen Handfertigkeiten übt und vor allem zum nahenden Weihnachtsfest — den dem Verein so gütig gespendeten Spielsachen ein frisches Ansehen gibt. Es wurde eine Näh- und Strickabteilung, eine Buchbinderei und eine Reparaturwerkstätte gegründet. Es ist in Aussicht genommen, daß die jungen Mädchen sich allwöchentlich einmal vereinigen, um bei Vorträgen, musikalischen Darbietungen oder Vorlesungen immer mehr und mehr einzudringen in die umfassende Liebestätigkeit des Vaterländ. Frauenvereins, und um die jungen Kräfte rege zu machen für die Arbeit der Nächstenliebe. Der Begrüßungsabend verlief nach einer Ansprache der Vorsitzenden unter der regen Teilnahme aller Erschienenen aufs angeregteste, und um das Interesse der Jungmädchen besonders zu wecken, wurde eine Schriftführerin und Kassenverwalterin mit ihren Stellvertreterinnen gewählt. Um den ersten Abend noch festlicher zu gestalten, wurden Erfrischungen gereicht, und zur festgesetzten Stunde schieden die Teilnehmerinnen mit herzlichem Dank für den fröhlich anregenden Abend. Der Verein spricht die Hoffnung aus, daß auch diese neue Arbeit ein Segen werden möge zum Wohle des Vaterlandes!

— Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband. Am vergangenen Freitag veranstaltete der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe Halle, im „Schultheiß" einen Vortragsabend für Mitglieder und Gäste. Der Vortragende, Bankprokurist Liebing, gewährte durch seine für die Allgemeinheit höchst wichtigen Darlegungen einen tiefen und klaren Einblick in die „jetzige Lage unserer Geldwirtschaft". Viel Wissenswertes und Merkenswertes konnte man aus den Worten des Redners schöpfen. Aufklärung boten die Ausführungen auch über die Prämienanleihe. Der Stand unserer Valuta (Geldentwertung), die Bedeutung unserer Devisen und der für die deutsche Geldwirtschaft sich überaus notwendig machende bargeldlose Verkehr wurden eingehend erörtert. Durch diesen Vortrag wurde deutlich vor Augen geführt, wie not es tut, daß jeder Einzelne jeden Standes dazu beitragen muß, das werktätige Leben und die noch arg darniederliegende Volkswirtschaft durch seine Mitarbeit wieder zu heben und zu fördern, dann wird auch das Ansehen Deutschlands im Auslande wieder zur alten Blüte gelangen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband wird weitere derartige aufklärende Vortragsabende veranstalten.

— Allgemeine Ortskrankenkasse des Saalkreises. In der Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises am Dienstag wurde der Voranschlag für 1920, der in Einnahme und Ausgabe mit 1 488 900 Mark abschließt, genehmigt und die Ergänzung des Vorstandes durch Zuwahl der Herren Zimmermeister Möbus-Ammendorf und Landwirt Spatz-Diemitz als Ersatzmänner für die Arbeitnehmer und die Herren Reuter-Dölau als Vorstandsmitglied und Schibe-Osmünde als Ersatzmann für die Versicherten vorgenommen. — Dem Kassenärzten wurde zu dem bereits vom 1. Juli 1918 an bewilligten Teuerungszuschlag von 30 Prozent zum Pauschalhonorar und 50 Prozent Zuschlag zum Sonderhonorar bewilligt. Die auf Grund der neuesten Verordnungen und Gesetze abgeänderten wichtigsten Bestimmungen der R.-V.-O. wurden in einem 8. Nachtrag zur Satzung aufgenommen. Außerdem wurden einige Mehrleistungen beschlossen, wie die Erhöhung des Zuschusses für kleinere Heilmittel für Mitglieder von 30 Mark auf 60 Mark und für versicherungsfreie Familienangehörige von 10 Mark auf 30 Mark (für größere Heilmittel kann ein Zuschuß bis zur Höhe der genannten Beträge gewährt werden). Der Wegfall der sechsmonatlichen Wartezeit für Familienhilfe und die Wiedereinführung der durch Notgesetz vom 4. 8. 1914 in Wegfall gekommenen Taschengeldes von ½ des Grundlohnes für im Krankenhaus untergebrachte leidende

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912041-15/fragment/page=0003

Mitglieder. Außerdem wurde die Aufhebung der Zahlstelle Ammendorfer Papierfabrik und Vereinigung derselben mit der Zahlstelle Ammendorf genehmigt und der Errichtung einer Meldestelle für den Bezirk der Zahlstelle Ammendorf zugestimmt. Auch wurde ein Nachtrag zur Dienstordnung, der die gehaltlichen Verhältnisse der Angestellten neu regelt, beschlossen.

— **Entziehung der Verkaufserlaubnis.** Der Magistrat hat dem Fleischermeister Louis Ackermann, Oleariusstraße 18, gemäß der §§ 12 und 17 der Verordnung des Bundesrats vom 25. 9. bezw. 4. 11. 15 für die Zeit vom 8. 12. 19 bis 8. 1. 20 die Erlaubnis zum Verkaufe des dem hiesigen Kommunalverbande überwiesenen Fleisches und der Fleischwaren entzogen. An diejenigen Personen, welche bei dem Fleischermeister Ackermann Hunden eingetragen sind, ergeht daher die Aufforderung, spätestens bis zum 5. Dezember d. Js. sich für die Zeit der Schließung des Geschäfts bei einem anderen Fleischer anzumelden und während dieser Zeit von diesem das Fleisch zu entnehmen. Diese Anmeldungen können nur auf Grund von Bescheinigungen erfolgen, welche im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2. Stockwerk, Zimmer 24, vor der Anmeldung abzuholen sind. Der alte und der neue Lebensmittelschein sind dabei vorzulegen. In der laufenden Woche kann das Fleisch noch bei dem Fleischermeister Ackermann entnommen werden.

— **Zum Besten der deutschen Bahnhofsmission** in Halle findet am Dienstag, den 9. d. M., im Mozartsaal eine künstlerische Veranstaltung statt. Mitwirkende sind: Frau Professor Hecker, Frl. Käthe Hartmeyer, Kammersänger Lustig, Frl. Käthe Weber, Konzertmeister Schwendler. Es handelt sich um einen ganz besonders wichtigen Zweck, nämlich der hiesigen deutschen Bahnhofsmission Mittel für ihre Aufgaben zuzuführen. Diese sind wirklich sehr groß und dringend. Gilt es doch, Allein-reisende, Hilfsbedürftige, Kranke, Kinder und Frauen mit Rat und Tat zu unterstützen. Karten zu 3, 2, 1 Mark sind am Eingang zu haben.

*

— **Kammermusik im „Thaliasaal".** Die Veranstaltungen, welche die Deutsche Konzert- und Vortragsgesellschaft im „Thaliasaal" eingerichtet hatte, waren zwar leidlich gut besucht; große Reichtümer werden sie aber nicht eingebracht haben. Daß mangelte es ihnen auch an werbender Kraft. Hermine Bosetti sowohl als Heinrich Hensel, die für den ersten und dritten Abend vorgesichtigt wurden, haben trotz ihres berühmten Namens nur mäßige Teilnahme für die „Delvoir" erregt, weil ihr Künstlertum bereits im Verblühen war. Um so erfreulicher mutete dagegen die gestrige Kammermusik an, für die Edith von Voigtländer (Violine), Maria Schramm (Violoncello) und Paul Schramm (Klavier) gewonnen worden waren. Die drei erlesenen Künstler vereinigten sich zu einem Musizieren, das in seiner untadeligen Vorbildlichkeit allen Anwesenden wirklich höchsten Genuß verschaffte; eine Tatsache, die zu begeistertem Beifall anregte. Schon die Auswahl der Kammermusikwerke versprach viel. Auf dem Zettel standen das Klaviertrio in B-dur, op. 99 von Franz Schubert, die Sonate in c-moll, op. 88, für Klavier und Violoncello und zuletzt das Klaviertrio in c-moll, op. 101, von Johannes Brahms. Alle drei sind Meisterschöpfungen von unvergänglichem Werte. An Behaglichkeit und Lebensfreude, an quellendem Wohllaut sucht das Schubertsche Trio seines Gleichen. Es bietet den Ausführenden die dankbarste Aufgabe, die man sich denken kann. Freilich will es in seiner Rhythmik und Dynamik sorgfältig behandelt und in seinem Gehalt liebevoll verstanden sein. Das leistete die Wiedergabe, die ihm Edith von Voigtländer, Maria und Paul Schramm angedeihen ließen, in ganz vorzüglicher Weise. Das Zusammenspiel war trefflich ausgeglichen und reicher an klanglichen Feinheiten, als der ungünstige Raum verraten wollte. Einen ernsteren Zuschnitt trägt die Cellosonate. Die beiden ersten Sätze sind durchsichtig und kommen der Aufnahmefähigkeit des Hörers entgegen. Aufmerksames Eindringen fordert dagegen das geschärfte aufgebaute Allegro. Maria und Paul Schramm legten mit überlegenem technischen und musikalischen Können die Gedankengänge dieses Werkes klar. Ungemein sauber, tonschön und beseelt im Ausdruck bewältigte Maria Schramm den anspruchsvollen Anteil, den Brahms de Cellostimme überwiesen hat. Das Trio in c-moll ist erst neulich von der Berliner Trio-Vereinigung hier gespielt worden. Dennoch durfte man sich seiner Wiederholung um so aufrichtiger freuen, als es auch diesmal in ausgezeichneter Form dargeboten wurde. Edith von Voigtländer, Maria und Paul Schramm gestalteten es in seinen Ecksätzen mit Feuer und Schwung und gaben sowohl dem köstlichen, scheinbar aus dem Volkslied herstammenden Andante berückenden Reiz wie dem eigenartigen Presto seine fesselnde fantastische Wirkung. Dr. W. Kaiser

Provinz Sachsen

— **Nienberg, 3. Dez.** (Eröffnung der Volkshochschule.) Gestern nachmittag um 4 Uhr konnte die hiesige Volkshochschule mit vorläufig 17 Schülern und 6 Schülerinnen in einfacher, würdiger Weise eröffnet werden. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses gab in einer längeren Ansprache seiner Freude Ausdruck, daß wir nach Ueberwindung vieler und erheblicher Schwierigkeiten nun doch das Werk gekrönt sehen, und bankte allen, die durch ihr reges Interesse, durch Rat und Tat die Sache gefördert haben, allen Korporationen und Kassen, die durch materielle Unterstützung die Sache mit fundieren halfen. Er wies noch einmal hin auf das gesteckte Ziel: die geistigen Kräfte unseres Volkes mit heben zu helfen. Parteipolitik irgend welcher Art, sowie religiöse Unterweisung im engeren Sinne ist ausgeschlossen. Aber der ganze Unterricht basiert auf vaterländischer und christlicher Grundlage. — Auch der Ortspfarrer als der wissenschaftliche und geschäftliche Leiter des Lehrganges richtete ein Wort des Dankes und der Freude an die anwesenden Herren des Vorstandes, sowie ein Wort der Mahnung an die Kursisten und Kursistinnen. Es komme vor allem an auf einen klaren Kopf, ein warmes Herz und einen festen Willen. — Darauf begann sofort der Unterricht des ersten Tages: deutsches Land, deutsche Sprache, deutsche Literatur, deutsche Geschichte. — Zu den landwirtschaftlichen Vorlesungen der Hallenschen Dozenten haben auch die Mitglieder des „Landwirtschaftlichen Vereins am Strengbach" Einladungen erhalten.

hl. **Calbe, 3. Dez.** (Das Ende der bürgerlichen Stadtverordneten.) Die hiesigen bürgerlichen Stadtverordneten legten ihr Amt nieder, nachdem es zwischen ihnen und der sozialistischen Mehrheit zu Zusammenstößen gekommen war.

hf. **Jena, 3. Dez.** (Prof. Dr. Stahl gestorben.) Der Professor der Botanik an der Universität Jena, Dr. Ernst Stahl ist in der vergangenen Nacht im Alter von 72 Jahren gestorben.

— **Erfurt, 3. Dez.** (Bestätigung des neuen Oberbürgermeisters.) Die Bestätigung des Bürgermeisters Dr. Mann zum Oberbürgermeister von Erfurt ist nunmehr eingetroffen. Im Gegensatz zu früher ist sofort die Bestätigung zum Oberbürgermeister erfolgt; bisher wurde dieser Amtsstuhl gewöhnlich erst nach mehrjähriger Tätigkeit verliehen. Dr. Mann wird bekanntlich in der Stadtverordnetensitzung am nächsten Freitag in sein Amt eingeführt werden.

— **Meiningen, 3. Dez.** (Die verheiratete Lehrerin), über die anderwärts die Meinungen noch sehr auseinandergehen, ist im Meiningen bereits Tatsache geworden. In Steinach bei Sonneberg ist ein Lehrer aus Posen angestellt. Da er mit sämtlichen Teuerungszulagen zusammen, die bekanntlich im Meiningen die niedrigsten Deutschlands sind, monatlich nur 165 Mark Gehalt bezieht, so ist auch seine unter Zurücklassung ihrer meisten Habseligkeiten aus dem jetzigen Polen geflüchtete Frau an der dortigen Schule mit lehrend tätig. Sie erhält monatlich 25 Mark ohne jegliche Teuerungszulagen.

„H. Z." Sportberichte

— **Der Verein Deutscher Sportlehrer,** dem fast alle Sportkräfte von Ruf angehören, sieht folgenden Arbeitsplan für 1920 vor: Spielplatz- und Badegesetzentwurf, staatliche Regelung der Jugenderziehung durch Gesetz, öffentliche Werbevorträge zur Vertiefung des Sportgedankens, Heranbildung von Sportlehrkräften in besonderen Bildungsanstalten, Studienreisen für Sportlehrer, wissenschaftliche Forschungsstätten für Sport und Leibesübungen, vorbildliche Fachschriften usw. Zur geplanten Gründung einer freien Hochschule für Leibesübungen hat der Verein dem Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen seine volle Unterstützung zugesichert.

— **Die Neuverteilung der Renngeset,** die durch die veränderten Verhältnisse im Rennsport notwendig geworden war, beschäftigt gegenwärtig die Oberste Rennbehörde. Die am Mittwoch unter dem Vorsitz des Herrn U. von Orxen begonnenen Sitzungen werden sich über eine Woche erstrecken.

— **Jockey Bleuler** wurde für nächstes Jahr wieder als Stalljockey für das Gestüt Sonnenhausen verpflichtet.

— **Große Sportwoche in Ostpreußen.** Der Verkehrsverband für das südliche Ostpreußen plant im nächsten Jahre eine großzügige Sportwoche, zu der Sportleute und Vereine aus allen Teilen des Reiches eingeladen werden sollen. Die für August vorgesehene Veranstaltung beginnt mit dem wassersportlichen Teil, (Segel- und Ruderregatten) in Löbsen. Die übrigen Wettbewerbe finden voraussichtlich in Allenstein statt. In der zweiten Hälfte der Woche kommen Schwimm- und Rasensport, sowie Turnwettspiele zu Wort, verbunden mit einer großen Feier auf dem Schlachtfelde von Tannenberg, wo zu gleicher Zeit Automobil-, Fahrrad-, Läufer- und Fliegerstaffetten und Rennen ihr Ziel haben.

— **Beleuchtungs- und Signalprüfung für Kraftfahrzeuge.** Der Automobilklub von Deutschland veranstaltet im Einvernehmen mit dem Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen eine Prüfung für Außenbeleuchtung und Signaleinrichtungen für Kraftfahrzeuge, die am 1. Februar 1920 beginnt. Anmeldungen dazu sind bis zum 1. Januar 1920 an das General-Sekretariat des Automobil-Klubs von Deutschland in geschlossenem Briefumschlag mit der Aufschrift „Anmeldung zur Prüfung von Außenbeleuchtungen und Signaleinrichtungen" unter gleichzeitiger Ueberweisung eines Betrages von 500 Mark einzureichen.

— **Die Gradiger Herbst-Auktion,** die infolge Ausbruches der Brustseuche in dem staatlichen Hauptgestüt verschoben werden mußte, wird nunmehr nach Erlöschen der Seuche in den Tagen vor Weihnachten in Hoppegarten stattfinden. Zur Ausmusterung kommen voraussichtlich zehn Pferde.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Mitteilungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Die Handelskammern zum Reichseinkommensteuergesetz

Der Landesausschuß der preußischen Handelskammern hat in seiner letzten Vollsitzung zu dem von der Reichsregierung geplanten Entwurf eines Reichseinkommensteuergesetzes einstimmig folgende Resolution gefaßt:

„Der Landesausschuß hat sich in seinem am 27. August 1919 veröffentlichten Beschluß bereit erklärt, eine bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit von Industrie und Handel gehende Reichseinkommensteuer gutzuheißen, wenn der Plan des Reichsnotopfers fallen gelassen werde. Nachdem dieser Plan in voller Schärfe aufrechterhalten und im Ausschuß der deutschen Nationalversammlung gebilligt worden ist, können die preußischen Handelskammern nur von neuem Einspruch erheben gegen die Vorschläge einer Reichseinkommensteuer, welche durch ihre hohen Sätze in Gemeinschaft mit dem Reichsnotopfer und der gleichzeitig geplanten Kapitalrentensteuer das Gesamteinkommen unserer besitzenden Kreise bis auf 80 Prozent des bisherigen Betrages und darüber im Wege der Besteuerung fortnimmt. Eine Finanzpolitik, welche nicht nur das vorhandene Vermögen zum großen Teil beseitigt, sondern auch die Quellen künftiger Vermögensbildung verstopft, muß zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen. Denn nur durch verständnisvolles Zusammenwirken von Arbeit und Kapital kann Deutschland wieder wirtschaftlich lebensfähig werden und sich im Ausland das zu seinem Wiederaufbau erforderliche Vertrauen wiedergewinnen.

Zu dieser ablehnenden Stellungnahme führt uns nicht in erster Linie das Interesse der durch die geplanten Steuern unmittelbar betroffenen Kreise der Besitzenden, sondern vor allem die Erwägung, daß das Verschwinden des Kapitals aus dem Wirtschaftsleben für alle werktätigen Kreise unseres Volkes und nicht zuletzt für die Arbeiter und Angestellten in Industrie und Handel die Erschütterung oder den Verlust der wirtschaftlichen Existenz bedeuten würde.

In der Ueberzeugung, daß diese Steuergesetze nicht nacheinander beraten, sondern nur gemeinschaftlich in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung von den gesetzgebenden Körperschaften beurteilt werden können, erheben wir die Forderung, daß der zurzeit der deutschen Nationalversammlung vorliegende Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer bis auf weiteres zurückgestellt und nicht eher wieder in Angriff genommen wird, bis die Gesetzentwürfe über eine Reichseinkommensteuer und eine Kapitalrentensteuer der Nationalversammlung vorgelegt worden sind."

Industrie, Handel Handwerk,

Notstandsarbeiten der Fahrzeugindustrie. Beim Reichskommissar für Eisen- und Metallverarbeitung haben mit allen beteiligten Kreisen Sitzungen über eine Einstellung weiterer Vergebungen von Notstandsaufträgen auf rollendes Material für die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung stattgefunden, nachdem die Eisenbahnverwaltung eine Einstellung der Vergebungen von Notstandsaufträgen für eine beschleunigte Fertigstellung der dringend benötigten Verkehrsmittel für erforderlich erklärt hat. Auf Grund eingehender Verhandlungen mit den Fachausschüssen der in Frage kommenden Industrien und mit Vertretern einer größeren Anzahl von Werken wurde festgestellt, daß ein Notstand im Sinne der Regierungsmaßnahmen allgemein nicht mehr besteht, und die Bedürfnisse der Eisenbahn nunmehr vorangehen haben. Der Reichskommissar hat daher einer Einstellung weiterer Vergebungen von Unteraufträgen für die vor etwa einem Jahre als Notstandsauftrag vergebenen Fahrzeuge zugestimmt. Die Lokomotiv- und Waggonfabriken sind danach nicht mehr verpflichtet, wegen der Vergebung von Notstandsaufträgen neu in Verhandlungen zu treten oder bei einer Zurückgabe unerledigter Notstandsaufträge durch den Unterlieferer die Zustimmung des Reichskommissars zur Selbstanfertigung im eigenen Betriebe einzuholen. Soweit Verhandlungen zwischen Fahrzeugbauanstalt und Unterlieferer über die Lieferung von Notstandsteilen eingeleitet sind, müssen die Verhandlungen fortgeführt werden. Ist bis zum 1. Januar 1920 ein solcher Auftrag vom Unterlieferer nicht fest übernommen, so ist auch die Selbstanfertigung dieser Teile in dem Hauptlieferer gestattet. Die Fertigstellung der Lieferungspreise für übernommene Arbeiten, sowie die Bewilligung von Zuschüssen durch den Reichskommissar bleibt von der Neuregelung unberührt und nimmt weiter den bisherigen Verlauf.

Die 79. Zuchtviehauktion der Westpreußischen Herdbuchgesellschaft, die am Mittwoch, den 17. Dezember 1919 vorm. 10 Uhr zum ersten Male in der neuen überdeckten Auktionshalle (Trainhalle) in Danzig-Langfuhr stattfindet, weist eine verhältnismäßig starke Beschickung auf. Es sind ca. 50 sprungfähige Bullen, 50 Kühe und 100 trragende bzw. hochtragende Färsen aus den westpreuß. Herdbuchzuchten angemeldet. Auktionsplatz ist Haltestelle der Straßenbahn Danzig-Oliva (Linie 2). Verzeichnisse mit allen näheren Angaben über Abstammung und Leistungen der Tiere versendet ab 5. Dezember kostenlos die Geschäftsstelle der Westpreußischen Herdbuchgesellschaft, Danzig, Gr. Gerbergasse 12.

Aktiengesellschaften

— **Akt.-Ges. für pharmazeutische Bedarfsartikel vorm. Georg Wenderoth in Cassel.** Das Unternehmen erzielte 1918/19 einen Reingewinn (ausschl. Vortrag) von 242 788 (265 517) Mark. Es kommen, wie gemeldet, wieder 11 Prozent Dividende zur Verteilung. Vorgetragen werden 27 797 Mark. Die Kapitalserhöhung um 650 000 M. wird durch das Wiederaufleben des Ueberseegeschäftes veranlaßt. Ein Bankkonsortium übernimmt die Aktien zum Kurse von 124 Prozent, um sie den Aktionären unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes im Verhältnis von 2:1 zum Kurse von 130 Prozent anzubieten. Die neuen Aktien nehmen an dem Erträgnis des laufenden Jahres 1919/20 zur Hälfte teil. Im laufenden Geschäftsjahre war die Gesellschaft voll beschäftigt. Vorläufig lassen sich noch keine Schlüsse auf die weitere Entwicklung des Geschäftes ziehen.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Bei zeitweise erregtem Geschäft erfuhren die sprunghaften Kurstreibereien auf einzelnen Märkten eine Fortsetzung. Die führende Rolle fiel heute den Kolonialwerten zu, wo die in den letzten Tagen vernachlässigten schweren Werte in raschen Sprüngen ganz erheblich stiegen, so Pomona 700, Kolonialanteile 200, Neuguinea 20. Am Montanmarkt wurden wiederum Werte mit ausländischem Besitz stark nach oben getrieben, so daß Deutsch-Luxemburger und Lothringer Hütte ungefähr 15 Prozent stiegen. Phönix, Mannesmann und Bismarckhütte zogen ungefähr 7 Prozent an. Von Schiffahrtswerten heraufsetzten nach ruhiger Eröffnung Hansa sprungsweise 10 Prozent. In Elektrischen und Spezialwerten bildeten nur geringen Ausnahmen Kurssteigerungen bis 5 Prozent die Regel. Kalkaktien waren bevorzugt auf die geplante Erhöhung der Kalipreise, Farbwerte vernachlässigt, teilweise schwächer. Ausländische Aktienwerte waren still und schwächer. Staatsschuldbriefe 15 Prozent niedriger. In Schantungbahn fanden starke Schwankungen statt mit dem Ergebnis einer geringen Veränderung. Kanada stiegen ungefähr 60 Prozent. Petroleumwerte waren vernachlässigt. Heimische Renten waren durchweg fest. Oesterreichische und ungarische waren ungleichmäßig. Ausländische Renten mit Valutacharakter waren abgeschwächt.

Produktenbericht. Am Hafenmarkt bezahlte die Provinz zwar noch immer die geforderten hohen Preise. In Berlin hält sich jedoch der Konsum zurzeit zurück. In Hülsenfrüchten haben die hohen Preise mehr Angebot hervorgelockt, so besonders für Peluschken, Pferdebohnen und Lupinen. Für Serradella erhält sich die Kauflust bei wiederum erhöhten Preisen. Die Preise für Rauhfutter behaupten ihren hohen Stand. Die Nachfrage darnach hält an, und das bevorzugte Material bleibt knapp.

Auslandsnotierungen:

Chicago, 1. Dezember. Weizen: November —. Mais: Dez. 138⅜, Mai 134—, Juli 132⅞, Sept. 132. Schmalz: Nov. 26.07½, Januar 23.60. Mai 21.47. Port: Dezbr. 34.—, Januar 32.75. Rippen: Dezember 18.60. Januar 18.37½. Hafer: Dezember 73.25, Januar —, Mai 77½.

New-York, 1. Dezember. Winter- und Sommerweizen: 237.30. Mais: loko 167.25. Mehl: 9.25—10.25. Schmalz: 24.15. Zucker: — Kaffee: 15⁹/₁₆.

Auszahlungen.

Berlin, 3. Dezember.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1668.50	1676.50	Oesterreich abgst.	29.05	30.05
Dänemark	849.35	851.75	Prag	84.40	84.60
Schweden	968.25	969.75	Ungarn	32.45	32.55
Norwegen	931.25	932.75	Spanien	869.25	870.75
Schweiz	809.75	810.75	Finnland	145.25	145.75
Oesterreich	34.95	35.05			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte			
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	74.75	Deutsch-Luxemburg	120.—
5% Deutsche Reichsanl.	77.50	Deutsche Uebersee-El.	156.—
4 " "	66.75	Deutsche Erdöl	168.—
3½ " "	62.—	Deutsche Gasglühl.	510.—
3 " "	49.60	Deutsche Kali	250.—
4 Preuss. Konsols	65.50	Deutsche Waff. u. Mun.	242.—
3½ " "	58.50	Donnersmarkhütte	265.50
3 " "	55.20	Döring u. Lehrmann	114.—
4 Charl. Stadtanl. 09/06	25.25	Dürkoppwerke	242.—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—.—	Elberfelder Farben	340.25
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	97.—	Felten u. Guillaume	248.—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	97.50	Gasmotoren Deutz	164.75
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	97.—	Gebhardt u. Co.	—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	104.—	Gebhardt u. König	130.25
4 " "	—.—	Gelsenkirch. Bergb.	367.25
Ausländ. Werte		Glanzstoff Zuckerfbr.	301.—
4 Oesterr. Kron.-Rente	23.75	Halleasche Masch.-Fabr.	307.—
4 Ungar. Gold-Rente	67.75	Hann. Masch.	255.—
4 Ungar. Kronen-Rente	35.40	Harpener Berg	220.75
Eisenbahn-Aktien:		Hasper Eisen	250.—
Halberstadt-Blankenb.	85.25	Hirsch Kupfer	280.—
Halle-Hettstedter	67.—	Höchster Farbw.	242.75
Sennaptungbahn	275.—	Hoesch Eisen u. Stahl	147.—
Allg. Lokal-Str	130.—	Hohenlohe-Werke	146.—
Gr. Berl. Str.	113.50	Humboldt-Masch.	129.25
Magdeburger Str.-B.	—.—	Ilse-Bergbau	301.75
Lux. Prinz Heinrich.-B.	60.—	Kahla-Porzellan	220.—
Ostenthalbahn	319.—	Kali. Aschersleben	220.—
Schiffahrts-Akt.:		Körbisd. Zucker-Akt.	—
Hamb. Paketfahrt	128.—	Kyffhäuserhütte	140.—
Hamb.-Südamerika	216.—	Lahmeyer u. Co.	—
Hansa-Dampfschiff	323.—	Landw. Bank d. Pr. Sa.	180.50
Nordd. Lloyd	126.—	Lauchhammer	182.75
Banken:		Laurahütte	370.—
Bank für Thür.	150.—	Linke u. Hofmann	270.25
Berl. Handelsges.	161.25	Ludwig Loewe u. Co.	258.—
Comm u. Diskontobank	134.50	Lothringer Hütte	216.—
Darmstädter Bank	119.—	Mannesmannröhren	148.—
Dess. Landesbank	—	Maschinenfabr. Buckau	163.75
Deutsche Bank	258.—	Oberschl. Eisenb. Bed.	60.—
Diskonto-Comm.	176.25	do. Caro Beg.	—
Dresdner Bank	144.—	do. Kokswerke	280.—
Credit-Anst. Leipzig	187.50	Orenstein u. Koppel	210.—
Mitteld. Kreditbank	129.—	Phönix-Bergb.	271.—
Privat-Bank	—	Rhein. Metall-Vorz.	250.50
Nationalbank	124.—	Rhein Stahlwerken	281.—
Oesterr. Kredit	110.—	Riebeck. Montan	172.—
Reichsbank	145.—	Rombacher Hütten	178.50
Industrie-Aktien:		Rositzer Braunk.	171.25
Schultheiss-Brauerei	245.50	Rositzer Zucker	213.—
Akt. f. Anilin	269.—	Sangerhäuser Masch.	310.—
Allgem. Elektr.-Ges.	247.75	Hugo Schneider u. Co	250.—
Ammendorfer Papierf.	230.—	Schuckert u. Co.	244.50
Anhalter Kohlenw.	124.75	Siemens u. Halske	233.—
Annaberger Steingut	230.—	Stettiner Chamotte	200.—
Badische Anilin	459.75	Stettiner Vulkan	230.—
Bergmann-Elekt.-Akt.	174.50	Stollberger Zinkh.	164.—
Berl. Masch.-Bau	223.—	Strale. Spielkarten	250.—
Bismarckhütte	265.75	Thale-Eisenhütte	153.75
Bochumer Gußstahl	227.—	Triptis-Akt.-Ges.	115.—
Chem. Fabrik Buckau	—	Türkisch. Tabakregie	148.—
Chem. Griesheim	248.—	Ver. Köln-Rottweiler	250.—
Chem. v. Heyden	256.—	Glanzstoff Elberf.	300.—
Consolidation Schalke	255.—	Wegelin u. Hübner	240.—
Cröllwitzer Papierfabr.	224.—	Werek-Walzerei	113.—
Daimler-Motoren	278.—	Westeregeln-Alkali	300.—
		Wittener Gußstahl	230.—
		Zeitzer Masch.	110.—
		Zellstoff Waldhof	481.50
		Otavi-Minen	—

Tendenz: fest.

Hauptschriftleiter: Heinrich Bütscher.
Verantwortlich für Politik: Heinrich Bütscher; für politische Rundschau und Weltwirtschaft und Chef: Hans Heilling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Carl Serfen. Sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Druck u. Buchdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912041-15/fragment/page=0004